Resolution

Unternehmensverantwortung JETZT – statt unverbindlicher Absichtserklärungen

Wir, der Gesamtbetriebsrat von Zara, begrüßen die Kampagne „Eigentum verpflichtet“ von der Christlichen Initiative Romero, Femnet e.V., Fian, Inkota, Medico International, Südwind, Terres des Hommes und Ver.di. Die Kampagne verlangt gesetzliche Regelungen, um Unternehmen in Deutschland und Europa für Verletzungen von Arbeitsrechten bei ihren Zulieferern haftbar zu machen.

Seit langem arbeiten wir im ExChains-Netzwerk mit Gewerkschaften aus Bekleidungsproduktionsländern zusammen. Gemeinsam mit den KollegInnen bauen wir Solidarität entlang der Zulieferkette in der Bekleidungsindustrie auf und unterstützen uns bei der Auseinandersetzung um bessere Arbeitsbedingungen.

Für uns bedeutet Unternehmensverantwortung noch mehr: Zara muss für seine Zulieferer schon jetzt mindestens sicherstellen, dass

- Gewerkschaften volle Zugangsrechte zu den Zulieferfabriken haben, mit den Arbeiterinnen sprechen, sich uneingeschränkt betätigen, Tarifverhandlungen führen und streiken können. Dazu müssen verbindliche Abkommen mit Gewerkschaften geschlossen werden. Ohne starke Gewerkschaften in den Fabriken wird es keine Verbesserung für die Arbeiterinnen geben!
- Endlich Löhne gezahlt werden, die die Existenz der Arbeiterinnen sichern.
  Das heißt konkret, faire Einkaufspreise vereinbaren, statt um den letzten Cent zu feilschen, auf dem Rücken den Beschäftigten. Hier hat unser Unternehmen die Verantwortung, über den gesetzlichen Mindestlohn einen eigenen Beitrag zu leisten.
- Die Zulieferstrukturen offengelegt werden.
  Unternehmensverantwortung heißt hier konkret, es muss klar sein, welche Betriebe und Subunternehmen im Auftrag unseres Arbeitgebers produzieren. Nur mit klarer Transparenz kann Verantwortung auch überprüft werden.

Dazu fordern wir Zara auf. Erst wenn dies sichergestellt ist, kann wirklich von einer verantwortungsvollen Unternehmensführung gesprochen werden.

15.04.2014 Resolution des BR 698 Flensburg

Unternehmensverantwortung JETZT – statt unverbindlicher Absichtserklärungen

Wir, Betriebsräte und Beschäftigte von H&M begrüßen die Kampagne „Eigentum verpflichtet“ von der Christlichen Initiative Romero, Femnet e.V., Fian, Inkota, Medico International, Südwind, Terres des Hommes und Ver.di. Die Kampagne verlangt gesetzliche Regelungen, um Unternehmen in Deutschland und Europa für Verletzungen von Arbeitsrechten bei ihren Zulieferern haftbar zu machen.

Seit langem arbeiten wir im ExChains-Netzwerk mit Gewerkschaften aus Bekleidungsproduktionsländern zusammen. Gemeinsam mit den KollegInnen bauen wir Solidarität entlang der Zulieferkette in der Bekleidungsindustrie auf und unterstützen uns bei der Auseinandersetzung um bessere Arbeitsbedingungen.

Für uns bedeutet Unternehmensverantwortung noch mehr: H&M muss für seine Zulieferer schon jetzt mindestens sicherstellen, dass

- Gewerkschaften volle Zugangsrechte zu den Zulieferfabriken haben, mit den Arbeiterinnen sprechen, sich uneingeschränkt betätigen, Tarifverhandlungen führen und streiken können. Dazu müssen verbindliche Abkommen mit Gewerkschaften geschlossen werden. Ohne starke Gewerkschaften in den Fabriken wird es keine Verbesserung für die Arbeiterinnen geben!
- Endlich Löhne gezahlt werden, die die Existenz der Arbeiterinnen sichern.
  Das heißt konkret, faire Einkaufspreise vereinbaren, statt um den letzten Cent zu feilschen, auf dem Rücken den Beschäftigten. Hier haben unsere Unternehmen die Verantwortung, über den gesetzlichen Mindestlohn einen eigenen Beitrag zu leisten.
- Die Zulieferstrukturen offengelegt werden.
  Unternehmensverantwortung heißt hier konkret, es muss klar sein, welche Betriebe und Subunternehmen im Auftrag unserer Arbeitgeber produzieren. Nur mit klarer Transparenz kann Verantwortung auch überprüft werden.

Dazu fordern wir H&M auf. Erst wenn dies sichergestellt ist, kann wirklich von einer verantwortungsvollen Unternehmensführung gesprochen werden.

H&M Hennes & Mauritz B.V. & Co. KG
Betriebsrat 680
Friedrichstr. 79/ 80, 10117 Berlin
Fon: 030 - 20 45 00 16 | Fax: 030 - 20 67 37 45 | Mail: DLBRSales680DE@hm.com

Resolution

»Echte Verantwortung, statt bloßer Lippenbekenntnisse«

Am 24. April 2014 jährt sich die Katastrophe des Einsturzes einer Textilfabrik in Rana Plaza in Bangladesh.

Mit der Kampagne „Eigentum verpflichtet“, die von der Christlichen Initiative Romero, FIAN, Terre des hommes, INKOTA, medico international, Femnet, Südwind und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di getragen wird, wird den Opfern der Katastrophe gedacht und von der Textilwirtschaft gefordert, in Zukunft für bessere Arbeitsbedingungen in den Zuliefererländern zu sorgen.

Unternehmen haben schon viel zu lange ihre Gewinne auf dem Rücken der ArbeiterInnen in den Zulieferländern maximiert, ohne ihrer moralischen und politischen Verantwortung dabei gerecht zu werden. Global zu verdienen heißt auch, global Verantwortung für jeden Einzelnen in der Produktion beteiligten Menschen zu tragen.

Wir, der Betriebsrat der H&M-Filiale 680 in der Berliner Friedrichstaße, unterstützen die Kampagne in vollem Umfang und möchten dies mit dieser Resolution noch einmal unterstreichen.

Es ist dringend notwendig, den Gewerkschaften vor Ort uneingeschränkte Zugangsrechte zu den Produktionsstätten zu gewähren, um ihnen die Möglichkeit zu geben, mit den Mitarbeitern direkt ins Gespräch zu kommen. Streiken darf nicht sanktioniert werden und muss für jeden an der Produktionskette Beteiligten als Ausdruck seiner Interessen möglich sein. Nur so kann sichergestellt werden, dass angemessene Tarifverträge abgeschlossen werden und endlich Löhne gezahlt werden, die die ökonomische Existenz der ArbeiterInnen weltweit sichern.

Von den Vertragsunternehmen in den Zulieferländern ist immer eine vollständige, lückenlose Offenlegung der Zulieferstrukturen zu fordern, um kriminelle Subunternehmerstrukturen aus der eigenen Produktionskette zu verbannen.

Wir fordern die Konzernleitung von H&M auf, nicht länger die Augen vor den Folgen die ihr unverantwortliches Handeln auf das Leben von unzählig vielen Menschen hat, zu verschließen. Ein weltweit agierendes Unternehmen wie H&M muss Verantwortung übernehmen. Schriftliche Willenserklärungen sind ein Anfang aber Menschenleben retten sie nicht.

Der H&M-Betriebsrat aus der Berliner Friedrichstraße
Berlin, 22.04.2014